

Zürich-Forch, 21. September 2020

Mitteilung von DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben

Suizidhilfe-Verbot in Österreich: Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof

Am Donnerstag, 24. September 2020 findet am Verfassungsgerichtshof in Wien eine Verhandlung über die im Auftrag des Vereins «DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben» durch die Wiener Anwaltskanzlei ETHOS.legal eingereichten Verfassungsklage gegen das Suizidhilfe-Verbot in Österreich statt. Die Verhandlung soll der weiteren Klärung der Rechtslage und der Erörterung diverser Fragen dienen. DIGNITAS wird der Verhandlung beiwohnen.

Im Mai 2019 beauftragte der Verein «DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben» (kurz: «DIGNITAS») den österreichischen Rechtsanwalt Mag. Dr. Wolfram Proksch von der Wiener Anwaltskanzlei Ethos.legal, eine Klage beim österreichischen Verfassungsgerichtshof einzureichen. Ziel des Vorstosses ist die Prüfung durch das Verfassungsgericht, ob die gegenwärtigen Strafrechtsbestimmungen bezüglich der Suizidhilfe verfassungskonform sind,¹ und dass die von einer Mehrheit der österreichischen Bürgerinnen und Bürger gewünschte Entscheidungsfreiheit bezüglich ihres eigenen Lebensende real wird. Gleichzeitig wurde dem Verfassungsgericht ein so genanntes Vorabentscheidungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg beantragt, damit dieser Stellung zur Frage der Vereinbarkeit der bestehenden Bestimmungen mit der Rechtslage in der europäischen Union bezieht.

Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof

Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat im Zuge des Verfahrens eine mündliche Verhandlung anberaumt, die der weiteren Klärung der Rechtssache dienen soll. In dieser Verhandlung sollen diverse juristische Fragen erörtert werden bezüglich der Regelung des § 78 öStGB, also des Verbots der Suizidhilfe. Die Aktive Sterbehilfe (Tötung auf Verlangen) ist nicht Teil der Verhandlung. Neben dem Rechtsvertreter der Kläger werden auch Vertreter der «Österreichischen Gesellschaft für ein Humanes Lebensende» (ÖGHL) sowie des Initianten des Verfahrens, «DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben» zugegen sein.

Die Rechtslage in Österreich

Die Republik Österreich kennt eines der rigorosesten Verbots-Systeme gegen die Selbstbestimmung bezüglich des eigenen Lebensendes. § 78 des österreichischen Strafgesetzbuches (öStGB), der sich zur «Mitwirkung am Selbstmord» äussert, lautet: «Wer einen anderen dazu verleitet, sich selbst zu töten, oder ihm dazu Hilfe leistet, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.» Darüber hinaus sieht das öStGB in § 64 Absatz 1 Ziffer 7 vor, dass § 78 auch dann An-

¹ <http://www.dignitas.ch/images/stories/pdf/medienmitteilung-29052019.pdf>

wendung findet, wenn die «Tat» im Ausland stattfindet, also zum Beispiel in der Schweiz, wo Suizidhilfe seit Jahrzehnten grundsätzlich nicht strafbar ist. Diese Bestimmung kann zur Folge haben, dass die Strafbehörde ein Strafverfahren gegen eine Person in Österreich einleitet, wenn sie erfährt, dass diese – wenn sie Österreicher ist und in Österreich wohnt – einem anderen Österreicher, der in Österreich gewohnt hat, behilflich war, zu DIGNITAS in der Schweiz zu fahren, um dort sein Leiden und Leben selbstbestimmt, legal, ärztlich unterstützt und professionell begleitet, beenden zu können.

Widerspruch zu den Menschenrechten

Die Freiheit, über Art und Zeitpunkt des eigenen Lebensendes zu bestimmen, ist ein vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 2011 erklärtes Selbstbestimmungsrecht. Seither ist dieser Grundsatz in diversen weiteren von DIGNITAS initiierten oder unterstützten Rechtsverfahren, in Deutschland, Italien und Kanada bestätigt und weiterentwickelt worden.² Die österreichische Rechtslage beachtet dieses Recht (noch) nicht. Sie zwingt so Bürgerinnen und Bürger, entweder ihr Leiden für einige Zeit zu erdulden, sich für einen harten und mehrheitlich zum Scheitern verurteilten Suizidversuch zu entscheiden oder aber in die Schweiz zu reisen.

Diese Situation ist eines modernen, demokratischen Staates im Herzen Europas unwürdig.

-oOo-

E-Mail: info@dignitas.ch Web: www.dignitas.ch



HINTERGRUND:

DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben entstand im Mai 1998 mit dem Ziel, das bewährte Schweizer Modell von Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im Leben und am Lebensende durch internationale juristische und politische Tätigkeit auch Personen im Ausland zugänglich zu machen.

Das Beratungskonzept von DIGNITAS zu Palliativversorgung, Suizidversuchsprävention, Patientenverfügung und Freitodbegleitung bietet Entscheidungsgrundlagen zur Gestaltung des Lebens bis zum Lebensende.

Mittels eines Gerichtsverfahrens errang DIGNITAS 2011 ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in dem das Recht eines Menschen, über Art und Zeitpunkt seines Lebensendes zu bestimmen, als ein von der Europäischen Menschenrechtskonvention geschütztes Menschenrecht bestätigt wurde.

DIGNITAS hat sich an diversen weiteren Rechtsfällen in Europa und in Kanada beteiligt, sowie Regierungskommissionen in Deutschland, England, Australien, Kanada, usw. Stellungnahmen eingereicht sowie deren Vertreter empfangen, wenn Gesetze zum Schutz von Patientenautonomie und Menschenwürde geplant wurden.

Gründer des gemeinnützigen Vereins ist der auf Menschenrechte spezialisierte Rechtsanwalt Ludwig A. Minelli. Die Vereinsleitung wird durch ein Team von 24 Teilzeit-Mitarbeitenden und mehreren externen Fachpersonen aus den Bereichen Medizin, Recht Informatik und Treuhand unterstützt.

² Beispiel, mit Verweis zum Urteil: <http://www.dignitas.ch/images/stories/pdf/medienmitteilung-26022020.pdf>